

Stadt Roßlau

Markt 5, 06862 Roßlau
Tel.: 034901/630, Fax: 034901/63400



Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Stadtrates am 03.11.2005

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 20:22 Uhr
Sitzungsort: Rathaus Roßlau, Ratssaal

Anwesend:

Vorsitzende:

Frau Christa Müller

Bürgermeister:

Herr Klemens Koschig

Ratsmitglieder:

Herr Rainer Augustin
Herr Burkhard Bader
Herr Kurt Brumme bis 19:20 Uhr
Herr Hans-Peter Dreibrodt
Herr Lutz Föse
Herr Rainer Gerdung
Frau Sylvia Gernoth
Herr Klaus-Peter Henkel
Herr Dirk Hofmeister
Herr Axel Kaczmarek ab 18:25 Uhr
Herr Helmut Kläre
Herr Günter Koroll
Herr Andre Kulas
Frau Dörte-Sabine Liensdorf
Herr Hans-Joachim Mau ab 18:00 Uhr
Frau Christiane Mitsching
Herr Hubert Pfennigsdorf
Frau Hannelore Sauermilch
Herr Andreas Schwierz
Herr Gerhard Seibt
Frau Siglinde Sumpf

Herr Klaus Tonndorf
Herr Wolfgang Tremer
Herr Peter Vester
Herr Jörn von der Heydt
Herr Lutz Weiland
Herr Dieter Wilke

Unentschuldig

Verwaltung:

Frau Ingrid Böning
Frau Angela Hahm
Frau Gabriele Jaquet
Frau Sabine Knaut
Frau Esther Riemann
Herr Wolfgang Schmieder

Gäste:

Herr Dietmar Böhme
Frau Dörte Liensdorf
Herr Volkmar Nitschke
Frau Christine Raschke

Bürgerschaft

Herr Klaus Hübner

es fehlten:

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der form- und fristgemäßen Ladung
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit
4. Genehmigung der Tagesordnung und der vorliegenden Anträge
5. Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift der Sitzung vom 22.09.2005
6. Behandlung folgender Tagesordnungspunkte:
 - 6.1. Bericht der Stadtverwaltung
 - 6.2. Einwohnerfragestunde

- 6.3. Anfragen der Stadträte an den Bürgermeister
- 6.4. 3. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes zum Haushaltsplan 2005 (ergänzende Maßnahmen)
Vorlage: BV/0446/05-I/20
- 6.5. Verwaltungsvereinbarung
Vorlage: BV/0450/05-BM
- 6.6. Jahresabschlussprüfung ROWA 2005
Vorlage: BV/0438/05-I/80
- 6.7. Jahresabschlussprüfung Industriehafen Roßlau GmbH 2005
Vorlage: BV/0449/05-I/80
- 6.8. Wirtschaftsplan Eigenbetrieb "Stadtpflege" 2006
Vorlage: BV/0435/05-I/80
- 6.9. Gesellschafterdarlehen für die WIR - Widerspruch des BM gem. § 62 (3) Satz 2 GO LSA
Vorlage: BV/0448/05-I/80
- 6.10. 3. Änderung zur Satzung über die Ablösung von Stellplätzen
Vorlage: BV/0445/05-III/60
- 6.11. Dringlichkeitsbeschluss gemäß § 62 Abs. 4 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt

Niederschrift

1. Eröffnung der Sitzung

Frau Müller, Vorsitzende des Stadtrates

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadträte,
liebe Gäste,
ich eröffne unsere heutige Stadtratssitzung und bitte, bevor wir mit der Tagesordnung fortfahren, Herrn Föse als stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses das Wort zu ergreifen.

Herr Föse, stellvertretender Vorsitzender des Hauptausschusses

Sehr geehrte Frau Stadtratsvorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Klemens Koschig,

„Allen Menschen recht getan, ist eine Kunst die niemand kann“, heißt es in einem uralten Sprichwort und natürlich kann das auch Klemens Koschig nicht.

Als Bürgermeister zum Anfassen, wie er sich selbst einmal nannte, suchte er stets das Gespräch mit der Bürgerschaft auf die vielfältigste Weise.

In den zurückliegenden 15 Jahren Amtszeit als Stadtoberhaupt der Schifferstadt Roßlau gab es manche Herausforderung, die oftmals der Zeit sowie der Situation geschuldet, mit außergewöhnlichen Engagement gemeinsam mit uns Stadträten im Team gelöst werden musste.

Viele, zum Teil harte Auseinandersetzungen auf den kommunalpolitischen Schlachtfeldern sind mehrheitlich mit konstruktiven Ergebnissen umgesetzt worden. Man muss mit Respekt auf die drei zurückliegenden Legislaturperioden seiner Amtszeit zurückblicken.

Der Hauptausschuss der Stadt Roßlau hat beschlossen, Herrn Klemens Koschig für seine 15jährige Tätigkeit als Bürgermeister der Stadt und sein ehrenamtliches Engagement zum Wohl seiner Heimatstadt mit einem besonderen Geschenk zu ehren.

Uns ist zu Ohren gekommen, dass unser Bürgermeister mit Vorliebe ausgefallene und seltene Krawatten trägt. Darum überreichen wir ihm heute als Anerkennung einen Unikat-Schlips, der aber nicht zur Weiberfastnacht getragen werden darf.

Herr Koschig, wir wünschen Ihnen für die zukünftige Amtszeit persönlich alles Gute, eine starke Gesundheit, die werden Sie zweifelsohne brauchen, und weiterhin eine glückliche Hand bei den laufenden Fusionsmodalitäten zwischen Dessau und Roßlau.

Frau Müller, Vorsitzende des Stadtrates

Moment bitte, Herr Dreibrodts zur Geschäftsordnung.

Herr Dreibrodts, Vorsitzender der Fraktion der SPD

Moment, Moment, meine Herren, zur Geschäftsordnung erst ein Beitrag. Herr Föse, das habe ich in diesem Hause noch nie erlebt, dass Sie so diesen Stadtrat belügen! „Der Hauptausschuss hat beschlossen...“, das ist eine dicke, fette Lüge. Der Hauptausschuss hat überhaupt nicht beschlossen. Ich bin selbst Mitglied des Hauptausschusses, deswegen kann ich mit Recht hier sagen, das ist ein dickes Ding. Das habe ich noch nicht erlebt!

Herr Föse, stellvertretender Vorsitzender des Hauptausschusses

Herr Dreibrodts, ich möchte darauf gleich antworten.

Herr Dreibrodts, Vorsitzender der Fraktion der SPD

Eine Verhöhnung dieses Parlaments!

Herr Föse, stellvertretender Vorsitzender des Hauptausschusses

Sie wurden persönlich von mir angerufen. Und ich habe Sie um eine Stellungnahme gebeten. Die ist bis heute nicht gekommen. Von allen anderen Hauptausschussmitgliedern ist eine Rückmeldung gekommen. Und wir haben, das wissen Sie ganz genau, etwas anderes vorgehabt, das ist rechtlich nicht möglich gewesen. Daraufhin haben wir uns auf etwas geeinigt, was ohne den Hauptausschuss hätte auch passieren können. Denn 15jährige Tätigkeit in einem Stadtrat ist wohl würdig, dass man da ein paar anerkennende Worte spricht. Ganz egal, auf welchem Gebiet man tätig ist. Wir sind der Meinung, dass das wohl gerechtfertigt ist. Und es ist schade, Herr Dreibrodts, dass gerade Sie in solch einer Stunde so einen Vortrag bringen. Das zeugt nicht viel von

Herr Dreibrodts, Vorsitzender der Fraktion der SPD

unterbricht den Redner:

Herr Föse, es ist erschreckend, was Sie hier abziehen. Sie haben mich angerufen und haben von einer Idee gesprochen. Sie haben weder den Hauptausschuss einberufen, noch haben Sie eine Beschlussvorlage in den Hauptausschuss eingebracht, noch wurde darüber abgestimmt. Das ist hier ungesetzlich, was hier läuft. Herr Föse, wir sollten uns an die demokratischen Spielregeln halten und nicht noch andere, die auf die Einhaltung der Kommunalordnung pochen, und das machen ja einige in dem Stadtrat heutzutage immer noch, diffamieren. Also ein Skandal im Stadtrat!

Herr Koschig, Bürgermeister

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrter Herr Föse,
werte Stadträte,

den Ausführungen von Herrn Föse entnehme ich, dass es einen Rundumtelefonbeschluss gegeben hat. Das ist eine Sache, die wir schon öfter seit 1990 mal gemacht haben, wenn zwischen den Sitzungen des Hauptausschusses, möglicherweise auch des Bauausschusses, das kann ich jetzt nicht beurteilen, mal ein Beschluss gefasst werden muss, der dringlich ist oder wie in diesem Fall um einmal ein Mitglied des Hauptausschusses nicht zu beteiligen. Ich denke, wenn 7 Mitglieder des Hauptausschusses dem Antrag von Herrn Föse zugestimmt haben, dann hat der Hauptausschuss auch einen Beschluss dazu gefasst. Das ganze muss dann natürlich noch die Schriftform haben.

Skandal kann ich daran nicht erkennen, auch nicht, dass ich nicht beteiligt wurde. Was ja noch viel schlimmer ist, denn ich wurde nicht angerufen, während Herr Dreibrodts wenigstens angerufen wurde. Insofern ist die Wortmeldung, Herr Dreibrodts, natürlich in dem Moment keine schöne, schmälert aber nicht die Anerkennung des Hauses mir gegenüber, für die ich mich ganz herzlich bedanke. Lässt mich aber an bestimmten Protokollfragen Ihrerseits natürlich auch hier zweifeln. Da hat Herr Föse recht, ob das jetzt gerade in dem Moment sein musste, das hätten wir auch im Hauptausschuss klären können.

Ich habe mich über die Glückwünsche zu meinem Dienstjubiläum sehr gefreut. Es kamen ein paar schriftliche, es waren Leute da, die persönlich mit mir gesprochen haben. Das tut recht gut, diese Glückwünsche zu haben und besonders die Wünsche auch was die Gesundheit betrifft. Man wird ja auch nicht jünger. Insofern möchte ich mich bei allen bedanken, die mit lauterem Herzen geklatscht haben und mir dieses Gute auch wünschen und ich verspreche Ihnen auch von dieser Stelle aus, die Wünsche mit Leben zu erfüllen, die Herr Föse hier eben genannt hat. Und eben gerade, was unser Großprojekt betrifft, Dessau-Roßlau, mich voll reinzuknien, aber auch all die anderen kleinen Dinge zu tun für unsere Stadt Roßlau an der Elbe, die mehr ist, als eine Schifferstadt.

Dankeschön.

Frau Liensdorf überreicht ebenfalls Blumen und Glückwünsche des Ortschaftsrates Streetz/Natho.

Herr Dreibrodts, Vorsitzender der Fraktion der SPD

Da ich ja mindestens zweimaliges Rederecht habe, Frau Vorsitzende, noch mal zu den Anschuldigungen. Ich möchte hier noch mal in aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen, es hat keinen Beschlussvorschlag gegeben, konkret. Herr Föse hat mich angerufen und darüber informiert, dass die CDU-Fraktion evt. in Abstimmung mit anderen was machen möchte. Sprach von einer Ehrennadel der Stadt Roßlau, was ja völlig unmöglich ist, weil die Ehrennadel nur für ehrenamtliche Tätigkeit vergeben wird. Und auf meinen Hinweis, dass ich ihm gesagt habe, das kommt für mich überraschend, da muss ich erst einmal mit meiner Fraktion sprechen, das ist völlig neu,

hat er zu mir wörtlich gesagt: „Ihr könnt ja darüber beraten, die Mehrheit ist gesichert, was Ihr dazu sagt, ist sowieso uninteressant.“

Ich möchte damit nur mal zum Ausdruck bringen, welche demokratischen Geflogenheiten, welche Arbeitsweise hier in diesem Stadtrat inzwischen üblich ist. Also ist das nicht in Ordnung, was hier gesagt wird. Und mit dieser Mehrheit, die hier im Stadtrat da ist (auf einen Zwischenruf die Antwort: Kannst dich melden, bist du dran) mit der Mehrheit, die hier im Stadtrat organisiert wird, selbst bei solchen Sachen ist eine schlimme Handlungsweise dieses hohen Hauses nicht würdig.

Frau Müller, Vorsitzende des Stadtrates

Ich würde sagen, Herr Dreibrodth hat seine Meinung gesagt und wir werden die Diskussion nicht mehr weiter führen. Wir fahren jetzt fort mit unserer Tagesordnung und kommen zum Tagesordnungspunkt 2.

2. Feststellung der form- und fristgemäßen Ladung

Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht.

Beschluss:

3. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Zu Beginn der Sitzung sind 25 Stadträte plus Bürgermeister anwesend. Somit ist der Stadtrat mit 26 Stimmberechtigten beschlussfähig.

4. Genehmigung der Tagesordnung und der vorliegenden Anträge

Die Vorsitzende des Stadtrates, Frau Müller, informiert, dass die von Frau Böning ausgereichten Materialien auszutauschen sind.

Das ist zum einen ein Austauschblatt für die Beschluss-Vorlage 0435/05 und zum anderen ist die Beschluss-Vorlage 0447/05 komplett auszutauschen.

Dann wurde über die vorliegende Tagesordnung abgestimmt.

Beschluss: Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
26	0	26	0	0

5. Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift der Sitzung vom 22.09.2005

Herr Pfennigsdorf, Fraktion SPD

Herr Pfennigsdorf hatte in der letzten Sitzung zwei Anfragen an den Bürgermeister gestellt, in denen er ihn darauf hingewiesen hatte, dass seine Ausführungen zum

Abstimmungsergebniss bezüglich der Auskreisung der Stadt Roßlau nicht korrekt waren und so der Öffentlichkeit dargelegt wurden.

Herr Koschig antwortete, dass er noch einmal nachschauen wird, ob er sich vertan hat.

Im Protokoll wurde nun ein Unterpunkt beigefügt, in dem Herr Koschig seinen Irrtum korrigiert. Die Form und Art ist für Herrn Pfennigsdorf nicht üblich und nicht demokratisch. Wenn jemand in der Öffentlichkeit als Bürgermeister etwas behauptet, was nicht stimmt, sollte es auch in der Öffentlichkeit korrigiert werden und die Öffentlichkeit darauf hinweisen, dass er einen Fehler gemacht hat.

Herr Koschig, Bürgermeister

Ob die Verfahrensweise mit einem Protokollvermerk im Protokoll für den öffentlichen Teil (für jedermann zugänglich) unüblich ist, kann Herr Koschig nicht bewerten. Eine undemokratische Verfahrensweise kann Herr Koschig ebenfalls nicht erkennen, da nur der Stadtrat Pfennigsdorf dieses Verhalten gerügt hat und als etwas ganz besonderes herausgehoben hat.

Wenn es aber unbedingt gewünscht wird, die Öffentlichkeit ist ja gerade hergestellt, erklärt Herr Koschig hiermit, wie es auch im Protokoll auf Seite 7 zu entnehmen ist, dass der Stadtrat die Auskreisung nicht einstimmig beantragt hat, sondern dass es 9 Gegenstimmen gab. Herr Koschig war der Auffassung, dass es 9 Enthaltungen gegeben hat.

Herr Koschig entschuldigt sich nun auch noch einmal in aller Form vor der Öffentlichkeit, dass er vor dem Schreiben an den Landrat nicht noch einmal auf das Genaueste die Unterlagen überprüft hat.

Herr Koschig erläutert auch den Hintergrund seines Irrtums. Er erinnerte sich an den Selbstbindungsbeschluss des Stadtrates, wo sich auf Initiative einiger Stadtratsmitglieder der gesamte Stadtrat verpflichtet hat, sich dem Votum der Bürgerschaft zu beugen. Das heißt, mit diesem Beschluss haben sich alle Abgeordnete des Stadtrates Roßlau verpflichtet, wenn sich die Bürgerschaft für eine Fusion entscheidet, diese Fusion dann auch mit zu tragen. Das gleiche natürlich auch, wenn sich die Bürgerschaft gegen eine Fusion entscheidet. Nun haben sich 9 Stadträte nicht an diesen Selbstbindungsbeschluss gehalten, in dem sie gegen den logischer Weise erforderlichen Beschluss, beim Landkreis die Auskreisung der Stadt Roßlau zu beantragen, gestimmt haben. Dies ist zum Selbstbindungsbeschluss völlig diametral. Deshalb auch der Irrtum, weil sie sich mit 9 Enthaltungen zumindest noch in der Intention des Selbstbindungsbeschlusses befunden hätten.

Herr Pfennigsdorf, Fraktion SPD

Herr Pfennigsdorf sieht in dieser Antwort zwei grundsätzliche Fehler. Der erste Fehler ist, dass sich die Stadträte nicht verpflichtet haben, das Ergebnis des Bürgerentscheids mit zu tragen, sondern anzuerkennen. Das ist ein Unterschied! Das ist eine vollkommen falsche Behauptung, die überall in die Welt gesetzt wird.

Die zweite Sache ist, wenn Herr Koschig sagt, er habe angenommen, das Ergebnis lautet so, sollte man bei einer solchen wichtigen Sache richtig in die Unterlagen schauen und nicht solche falschen Dinge in die Welt setzen.

Herr Dreibrod, Fraktion SPD

Die Behauptung von Herrn Koschig, „...ich habe aus Versehen etwas falsch gemacht“ ist nicht richtig. Im Zusammenhang mit der Fusion ist es nicht nur einmal passiert, dass Herr Koschig öffentlich falsch ausgesagt hat. Als gutes Beispiel die Stel-

lungnahme der Stadt Roßlau zum Thema Gebietsreform. Überwältigendes Ergebnis bei der Abstimmung Bürgerentscheid zur Fusion – total falsch. Andere Beispiele lassen sich erwähnen, wo Herr Koschig oft aus Versehen etwas falsches gemacht hat. Das kann kein Versehen sein, wenn man solche wichtigen Dinge falsch macht. So viele Zufälle kann es gar nicht geben.

Dann wurde über den öffentlichen Teil der Niederschrift der Sitzung vom 22.09.2005 abgestimmt.

Beschluss: Der öffentliche Teil der Niederschrift der Sitzung vom 22.09.2005 wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
26	0	23	2	1

6. Behandlung folgender Tagesordnungspunkte:

6.1. Bericht der Stadtverwaltung

Dazu spricht der Bürgermeister der Stadt Roßlau, Klemens Koschig. Der wörtliche Bericht liegt dem Original der Niederschrift im Büro des Stadtrates bei und kann täglich während der Dienstzeit eingesehen werden. Weiterhin wird der Bericht im Elbe-Fläming-Kurier veröffentlicht.

6.2. Einwohnerfragestunde

Der Tagesordnungspunkt wird geschlossen, da es keine Anfragen von Einwohnern bzw. von Stadträten im Auftrag von Einwohnern gibt.

6.3. Anfragen der Stadträte an den Bürgermeister

Herr Dreibrod, Fraktion SPD

Herr Dreibrod möchte noch etwas zu dem fingierten Hauptausschuss-Beschluss zur Koschig-Ehrung sagen. Frau Müller sagte vorhin, wir haben die Meinung von Herrn Dreibrod gehört und jetzt ist Ruhe. Das war die Meinung der SPD-Fraktion und nicht die Privatmeinung von Herrn Dreibrod.

Jetzt eine Frage an Herrn Koschig. Durch die Mitteldeutsche Zeitung und den Wochenspiegel hat die Öffentlichkeit über eine hochkarätige Veranstaltung im Kornhaus in Dessau erfahren. Die Wirtschaftsjuroren von Dessau haben zum Politik-Talk eingeladen. Man sieht auf den Bildern die Oberhäupter der Städte Dessau und Roßlau und Fraktionsvorsitzende des Dessauer Stadtrates. Wie konnte es Herr Koschig zulassen, dass der Roßlauer Stadtrat bei solcher Angelegenheit völlig außen vorgelassen wird? (Überschrift im Wochenspiegel: „Gemeinsame Zukunft mit vielen Impulsen“). Ist das ein Blick der Zusammenarbeit der Stadträte in dieser so genannten Doppelstadt Dessau-Roßlau? Wie konnte Herr Koschig zulassen, dass vorn die Des-

sauer Stadträte sitzen und die Roßlauer Stadträte aus der Zeitung erfahren, was im Kornhaus abgelaufen ist?

Herr Koschig, Bürgermeister

Wie Herr Dreibrodt richtig feststellte, haben die Wirtschaftsjuroren eingeladen. Alle Teilnehmer an der Podiumsdiskussion konnten auch vernehmen, welche Auffassung Herr Koschig dazu hatte. Herr Koschig hatte auf die Veranstaltung keinerlei Einfluss, er war nicht der Einladende. Herr Koschig denkt, dass er die Stadt Roßlau dort würdig vertreten hat.

Herr Dreibrodt, Fraktion SPD

Das ist keine Antwort auf die Frage. Dass Herr Koschig dort war und seine Meinung gesagt hat, das kann sich jeder denken. Aber wie konnte Herr Koschig zulassen, dass ganz offensichtlich der Roßlauer Stadtrat, der anscheinend Luft ist, nicht eingeladen wurde. Herr Koschig hätte auf der Veranstaltung fragen können, warum sind keine Roßlauer Fraktionsvorsitzenden eingeladen. Das zeigt doch die Einstellung des Bürgermeisters zu der Sache, die wirklich vorhanden ist.

Herr Koschig, Bürgermeister

Herr Koschig betont nochmals, dass er nicht der Einladende war. Soll Herr Koschig bei jeder Einladung, die ihn erreicht, und das sind viele, immer nachfragten, ob alle Abgeordneten eingeladen sind, die dann sowieso nicht kommen? Das ist nämlich sehr peinlich in letzter Zeit, dass er sich ständig entschuldigen muss, dass es der halbe Stadtrat nicht für nötig hält, öffentliche Anlässe wahrzunehmen. Wenn man von den Bürgern gefragt wird, muss man Notlügen machen, oder wie sie so schön betitelt werden, „Falschaussagen“, in dem er sich vor den Stadtrat stellt. Vielleicht sollte Herr Koschig doch künftig zu größerer, lauterer Wahrheit finden und einfach sagen: Machen Sie Ihr eigenes Urteil draus, kein Interesse an der Stadtentwicklungspolitik, kein Interesse an Begegnungen mit Bürgern, kein Interesse in das Kornhaus zu kommen. Das war eine öffentliche Veranstaltung. Warum ist man nicht hingegangen? Auch ohne Einladung interessiere ich mich für das Thema „Visionen einer neuen Stadt“. Es sind Roßlauer dort gewesen, die sich auch aktiv mit recht ansprechenden Diskussionsbeiträgen beteiligt haben. Zum Beispiel Stadtrat Mau, der sich offensichtlich eingeladen gefühlt hat. Herr Koschig war davon ausgegangen, dass die Fraktionsvorsitzenden eingeladen wurden. In der Diskussion sagte Herr Koschig, was das Zusammengehen der beiden Städte betrifft, bedarf es auch grundsätzlicher und neuer Erwägungen auf beiden Seiten dieser Stadt. Es wäre eine schöne Übung gewesen zu Beginn dieses Politik-Talks, wenn die beiden Fraktionsvorsitzenden eingeladen worden wären, dann denjenigen auszuwählen, der mit auf das Podium kommt. Das war der Beitrag des Bürgermeisters auf der Veranstaltung, denn er übt in der Öffentlichkeit einen anderen Ton als Herr Dreibrodt.

Herr Pfennigsdorf, Fraktion SPD

Bei jeder Gelegenheit wird der Begriff „Synergieeffekt“ erwähnt. Es gilt also in der Frage Fusion Dessau-Roßlau, so schnell wie möglich die Synergieeffekte eines solchen Zusammenschlusses zu nutzen. Herr Pfennigsdorf hat sich über die Presse über den 2. Dessauer Polit-Talk informiert. Herr Pfennigsdorf ist als Bürger und Stadtrat sehr stark irritiert über den Begriff Synergieeffekt, der eigentlich nichts weiter bedeutet, als Bündelung von Kräften. Der Oberbürgermeister von Dessau sagte wörtlich zu diesem Talk, dass die Haushaltslage der Stadt Dessau so schlecht wie

noch nie ist. Und in den kommenden Jahren werden die Zuführungen, die die Stadt Dessau bekommen hat, noch drastisch reduziert. Wenn man davon Synergieeffekte ableiten soll, hat man große Schwierigkeiten.

Alle anderen Dinge, ob das die Wirtschafts- oder Arbeitsmarktpolitik ist, da unterscheidet sich die Stadt Dessau von der Stadt Roßlau nur in Nuancen. Wenn es um die Frage geht, welche Belastungen die Bürger durch die Stadt bzw. durch ihre Kommunalabgaben usw. haben, dann ist der Unterschied nicht nennenswert.

Herr Pfennigsdorf bittet Herrn Koschig, den Begriff Synergieeffekte für alle Bürger verständlich etwas detailliert auf bestimmte Probleme, die man erhofft zu verbessern, darzustellen.

Herr Koschig, Bürgermeister

Herr Koschig bejaht die Bitte bzw. Frage.

Herr Dreibrodt, Fraktion SPD

Herr Otto hat ausgeführt, dass durch die Verwaltungszusammenführung ein Synergieeffekt von 35 Arbeitskräften zu verzeichnen ist. Wo sind die?

Herr Mau kommt 18:00 Uhr zur Beratung hinzu. Damit sind 27 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Gerdung, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Herr Gerdung erklärt den Begriff „Synergieeffekt“.

Bei Fusionen treten diese Synergieeffekte allerdings in vielen Fällen nicht auf oder es entstehen gar Reibungsverluste, weil die fusionierten Teile gegeneinander arbeiten. Der häufige Gebrauch von Synergieeffekten wird häufig zur Floskel. Alles was unter dem Thema „Synergie“ gesehen wird, sollte danach beurteilt werden, ob es sich gegenseitig fördert. Die reine Einsparung von Personal ist noch nicht, sich gegenseitig zu fördern.

Die Vorsitzende des Stadtrates, Frau Müller, weist noch einmal darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt „Anfragen der Stadträte an den Bürgermeister“ heißt und bittet, sich doch darauf zu beschränken.

Herr Koschig, Bürgermeister

Die Frage von Herrn Dreibrodt wird schriftlich beantwortet. Weil hier jedes Wort auf die Goldwaage gelegt wird, möchte Herr Koschig doch die neuesten Erkenntnisse aus der Arbeitsgruppe zur Fusion der Stadtverwaltung Dessau und Roßlau befragen. Zu Herrn Gerdung, im Vorfeld der Fusion wurde sich natürlich intensiv mit der Frage von Fusionen beschäftigt. Es ist richtig, 75 % der Fusionen von wirtschaftlichen Unternehmen bringen nicht das gewünschte Ergebnis. Aber es liegt an uns allen, nicht zu den 75 % zu gehören, wobei manchmal Zweifel aufkommen, ob alle dahin arbeiten. Deshalb nutzt Herr Koschig den Beitrag von Herrn Gerdung dazu aufzurufen, alles dafür zu tun, dass dieses Projekt zu einem erfolgreichen wird. Es ist durch den Beschluss des Landtages, die Fusion erst am 01.07.2007 vonstatten gehen zu lassen, schwer genug. So dass, was unter den Synergieeffekten genannt wird, natürlich auch erst nach vollzogener Fusion wirklich greifen kann. Oberbürgermeister Otto ist ja nicht umsonst zitiert worden. Es gibt erste Zahlen der Einsparungseffekte, die da

kurzfristig, mittelfristig und langfristig ohnehin abgeleitet werden können. Das wird aber alles schriftlich nachgereicht.

6.4. 3. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes zum Haushaltsplan 2005 (ergänzende Maßnahmen)
Vorlage: BV/0446/05-I/20

Der Bürgermeister, Herr Koschig, bittet, dem Baudezernenten, Herrn Schmieder, das Wort zu erteilen.

Herr Schmieder, Baudezernent

Die Stadträte, die an der interfraktionellen Runde teilgenommen haben, werden sich erinnern, dass im Haushaltsansatz 2006 der Vermögenshaushalt ausgeglichen dargestellt werden konnte und im Verwaltungshaushalt auch gegenüber dem vorhergehenden Konsolidierungskonzept das Defizit gesenkt werden konnte. Bei den ergänzenden Maßnahmen ist aber festzustellen, dass die Maßnahme 1 „Kauf der Energiesparanlage Erlebnisbad Roßlau“ die einzige Maßnahme ist, die aus dem Vermögenshaushalt stammt. Im Haushaltsentwurf 2006 ist dann aber der Kauf aus Sicht der Verwaltung wieder herausgenommen worden, weil dieser Kauf nur aus reinen Eigenmitteln zu ermöglichen gewesen und die Rückgabe oder Nichtinanspruchnahme von Fördermitteln wäre noch größer gewesen. So dass im Haushaltsansatz 2006 gesagt wurde, dass die bewilligten Fördermittel doch abzurufen sind und die Maßnahme damit wieder raus genommen wurde.

Wenn diese Beschlussvorlage so heute beschlossen wird, könnte es sein, dass im Rahmen der Haushaltsgenehmigung ein Widerspruch aufgedeckt wird.

Deshalb der Vorschlag, den Beschluss unter Streichung der Maßnahme 1 zu fassen.

Herr Kläre und Herr von der Heydt verlassen die Beratung. Somit sind 25 Stimmberechtigte anwesend.

Dann wurde abgestimmt.

Beschluss: Der Stadtrat beschließt ergänzende Maßnahmen zur 3. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für das Haushaltsjahr 2005 mit der Änderung, die Maßnahme 1 zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
25	0	18	7	0

6.5. Verwaltungsvereinbarung
Vorlage: BV/0450/05-BM

Herr Koschig, Bürgermeister

Seit März 2005 wird diese Verwaltungsvereinbarung beraten. Sie ist insofern nicht einfach zu erstellen, weil sie zwischen den beiden Stadtverwaltungen Dessau und

Roßlau abzuschließen ist und auf Wunsch der Personalräte nicht nur von denen mitgezeichnet, sondern auch als vertragsschließende Parteien mitgetragen werden soll. So gibt es vier verhandelnde Seiten.

Am 26. September konnte dann in einer gemeinsamen Beratung dieses Papier gemeinsam zu Ende verhandelt werden. Da es sich um zwei juristisch selbständige Gebietskörperschaften handelt, bedarf es dieser Verwaltungsvereinbarung, um schon im Vorfeld der Fusion alle die Dinge durchführen zu können, die der Verwaltungsvereinbarung entnommen werden können. Im Ratsbericht wurde ebenfalls schon darauf hingewiesen.

Heute morgen hat Oberbürgermeister Otto darüber informiert, dass die Verwaltungsvereinbarung gestern im Stadtrat Dessau im nichtöffentlichen Teil behandelt wurde. Dort kam es zu einer Wortmeldung, in der ein Dessauer Stadtrat das Datum gerügt hat, das die Auseinandersetzungsvereinbarung zwischen den Landkreisen betrifft. Das Datum „bis spätestens 30. Juni 2006“ stimmt mit dem Kommunalneugliederungsgesetz nicht überein, sondern das ist jetzt der 31.12.2006. Das hätte auf dem kurzen Weg im gegenseitigen Einvernehmen geändert werden können. Hinzu kam, dass der Stadtrat dann auch noch tarifrechtliche Bedenken angemeldet hat. Unverständlich, da dieses Thema von beiden Personalräten behandelt wurde. Auch mit den Gewerkschaften hat es Gespräche gegeben. Der Stadtrat Dessau beruft sich auf den BAT-0, der aber nicht nur in Roßlau nicht mehr aktuell ist. Möglicherweise hat der Dessauer Stadtrat veraltete Regelungen herangezogen. Das führte zu einer Diskussion, dass der Stadtrat Dessau sich nicht in der Lage fühlte die Verwaltungsvereinbarung zu beschließen, sondern ihn in den Hauptausschuss zurück verwiesen hat. Dadurch kann natürlich das eingeschlagene Tempo nicht eingehalten werden.

Seit dem 26. September besteht eine Arbeitsgruppe, die ausgezeichnet und sehr zielorientiert arbeitet.

Am Montag, 07. November ist ohnehin eine gemeinsame Dienstberatung des Oberbürgermeisters der Stadt Dessau und des Bürgermeisters der Stadt Roßlau anberaumt, wo neben tagesaktuellen Problemen zwischen den beiden Städten auch eine gemeinsame Hauptausschuss-Sitzung beider Städte vorbereitet wird. Als Tagesordnungspunkt 1 wurde die Verwaltungsvereinbarung für die nächste gemeinsame Hauptausschuss-Sitzung benannt. Die Dessauer müssen dann ihre Bedenken erklären. Aus Sicht der Verwaltungsspitzen, des Dessauer Rechtsamtes, der Personalräte sowie der Gewerkschaft Verdi gibt es keine Bedenken.

Herr Kläre und Herr von der Heydt kommen zur Beratung zurück. Damit sind 27 Stimm-berechtigte anwesend.

Herr Koschig schlägt vor, die Verwaltungsvereinbarung heute nicht zu beschließen und zur weiteren Beratung in die Hauptausschüsse zu verweisen.

Herr Dreibrodt, Fraktion SPD

Herr Koschig hat es selbst erkannt, dass das überhaupt noch nicht beschlussreif ist. Das zeigt auch, wenn im nichtöffentlichen Teil des Dessauer Stadtrates die Vorlage geplatzt ist, wirklich darüber gesprochen werden muss.

Die SPD-Fraktion hat sich auch mit dem Papier beschäftigt. Was am widersprüchlichsten ist, ist der § 1, Absatz 2, wo formuliert ist, dass spätestens zum 30.09. der Stellenplan vorliegen soll. Die Frage, wer hat diesen Stellenplan schon einmal gesehen, in welchem Ausschuss? Es wäre dringend nötig, dass zu der angekündigten

Hauptausschuss-Sitzung mit Dessau dieses ominöse Blatt, endlich auf den Tisch kommt.

Herr Brumme, Fraktion CDU

Die CDU-Fraktion unterstützt den Vorschlag von Herrn Koschig. Das sollte zukünftig die Regelung sein, dass Dokumente oder Vereinbarungen die hinsichtlich der Fusion mit Dessau beschlossen werden sollen, künftig in gemeinsamen Hauptausschuss-Sitzungen Dessau und Roßlau beraten werden sollten.

Herr Koschig, Bürgermeister

Selbstverständlich hat die Verwaltung ihre Hausaufgaben gemacht und zum 30.09.2005 lag dieser Stellenplan vor.

Vielleicht noch einmal prinzipiell zum Sinn dieser Verwaltungsvereinbarung. Dort geht es um reine verwaltungsinterne Dinge, wie Personalplanung, Personalentwicklung, sie berührt keine Belange des Stadtrates. Der Stadtrat erfährt so früh wie möglich alle Angelegenheiten der Personalentwicklung. In diesem Fall geht es um die Zusammenarbeit mit den Personalräten und den Personalämtern. Da es sich um zwei selbständige Gebietskörperschaften handelt, braucht es die Ermächtigung des Stadtrates. In dieser Vorlage geht es nicht darum, dass der Stadtrat diesen Stellenplan bis 30.09.2005 auch noch beschließt, sondern einzig und allein um die Ermächtigung, dass es mit der Stadt Dessau gemeinsam getan werden kann. Was zu rügen wäre, heute ist ja der Tag der großen Wahrheit, dass der Stadtrat den Bürgermeister in keiner Weise ermächtigt hat, in der Stadt Dessau Beratungen zu führen, die Arbeitsgruppe schon zum Leben zu erwecken, auf die Personalräte zuzugehen, mit der Gewerkschaft den sozialen Frieden zu suchen. Diese Ermächtigung lag noch nicht vor, weil diese Verwaltungsvereinbarung noch nicht die Beschlussfassung des Stadtrates gefunden hat. Dessen bekennt sich Herr Koschig gern schuldig.

Dann wird darüber abgestimmt, ob die Verwaltungsvereinbarung in den Hauptausschuss zurück verwiesen wird.

Beschluss: Der Stadtrat beschließt, die Verwaltungsvereinbarung in den Hauptausschuss zurück zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
27	0	27	0	0

6.6. Jahresabschlussprüfung ROWA 2005
Vorlage: BV/0438/05-I/80

Herr Henkel verlässt die Beratung. Somit sind 26 Stimmberechtigte anwesend.

Beschluss: Der Stadtrat stimmt der Bestellung des Wirtschaftsprüferbüros Dr. Dornbach & Partner, Dessau, für die Prüfung des Jahresabschlusses 2005 der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgungsgesellschaft Roßlau mbH (ROWA) zu.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
26	0	26	0	0

**6.7. Jahresabschlussprüfung Industriehafen Roßlau GmbH 2005
Vorlage: BV/0449/05-I/80**

Beschluss: Der Stadtrat stimmt der Bestellung der KPMG Deutsche Treuhandgesellschaft AG Dresden für die Prüfung des Jahresabschlusses 2005 der Industriehafen Roßlau GmbH zu.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
26	0	26	0	0

**6.8. Wirtschaftsplan Eigenbetrieb "Stadtpflege" 2006
Vorlage: BV/0435/05-I/80**

Herr Henkel kommt zur Beratung zurück. Somit sind 27 Stimmberechtigte anwesend.

Beschluss: Der Stadtrat beschließt den Wirtschaftsplan 2006 des Eigenbetriebes „Stadtpflege“ in der gemäß Anlage 1 vorgegebenen Form.

Der Stadtrat begibt sich um 18:25 Uhr in eine Pause und setzt sie 19:05 Uhr wieder fort.

Herr Kaczmarek kommt 18:25 Uhr zur Beratung hinzu. Somit sind 28 Stimmberechtigte anwesend.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
27	0	24	0	3

**6.9. Gesellschafterdarlehen für die WIR - Widerspruch des BM gem. § 62 (3)
Satz 2 GO LSA
Vorlage: BV/0448/05-I/80**

Herr Kläre, Fraktion CDU

Herr Kläre stellt im Namen der Fraktion der CDU folgenden Antrag.

Der Beschluss-Vorschlag ist wie folgt zu erweitern:

„Der Geschäftsführer wird beauftragt, in allen nachfolgenden Ratssitzungen über die Inanspruchnahme Soll und Haben des Kredits dem Stadtrat im nichtöffentlichen Teil Bericht zu erstatten.

Herr Gerdung, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Die wiederholte Vorlage dieses Gesellschafterdarlehens ist weiterhin abzulehnen. Es hat sich gezeigt, dass die WIR auch mit diesem Darlehen nicht mehr zu halten ist. Die WIR hat sich zu einer gigantischen Geldvernichtungsgesellschaft entwickelt. Hier muss im Interesse der Bürger unbedingt die Notbremse gezogen werden. Denn die Frage lautet, was ist besser für die Bürger? Die Aufrechterhaltung dieser Gesellschaft mit allen bekannten Mängeln oder die Zwangsverwaltung, in der das Unternehmen auf den Prüfstand gestellt wird.

Im vergangenen Jahr war das Thema WIR ständig aktuell und auf der Tagesordnung. Da war in der Prognose der WIR für das Jahr 2004 ein Deckungsmittelfehlbetrag von 85.400,- € angesetzt. Dieser Deckungsmittelfehlbetrag hat sich entwickelt zu einer Größenordnung von 195.300,- €. Das zeigt doch, dass hier schon alle Dämme gebrochen sind. Da ist nichts mehr zu retten und zu halten. Und dass dieses Darlehen gar kein Darlehen ist, sondern ein Zuschuss. Denn die WIR wird nicht in der Lage sein, dieses Darlehen zurück zu zahlen. Man darf dabei auch nicht vergessen, dass dieser gigantische Anstieg des Deckungsmittelfehlbetrages trotzdem stattgefunden hat, obwohl die Gesellschafterin, d.h. die Stadt, schon einen Verzicht auf 163.000,- € realisiert hat, die die WIR im Schuldendienst nicht bedienen brauchte. Aus allen Äußerungen der Prüfer geht hervor, dass ohne kräftige finanzielle Mittel sowohl der Banken als auch der Gesellschafterin die WIR nicht am Leben erhalten werden kann. Wenn man das vergleicht mit den Sparsbemühungen im Haushaltsansatz 2006 ist das alles für die Katz, wenn man auf der einen Seite 39.000,- € sparen will, um den Haushalt zu konsolidieren und auf der anderen Seite permanent das Geld verbrennt.

Das kann nicht so weiter gehen. Im Interesse der Bürger muss eine Lösung angeboten werden, die auch wirklich eine Veränderung herbeiführt.

Herr Gerdung ist mit dem Bürgermeister völlig einer Meinung, wenn dieser Beschluss abgelehnt wird, dass er dann die Kommunalaufsicht anruft. Denn die Kommunalaufsicht als unabhängige Prüfbehörde hat die Möglichkeit, objektiv zu entscheiden, was für das Gemeinwesen besser ist, der Fortbestand der WIR oder ihre Zwangsverwaltung in Form eines Insolvenzverwalters. Es bietet die Möglichkeit, alle Schwächen und Mängel aufzuzeigen und vor allem auch Wege wieder heraus.

Die Fraktion lehnt diese Beschlussvorlage ab und möchte, dass der Bürgermeister die Kommunalaufsicht anruft.

Herr von der Heydt, Fraktion CDU

Herr von der Heydt weist noch einmal darauf hin, dass es hier nicht um Mittel geht, die zum Betriebserhalt des laufenden Geschäftes dienen, sondern dass es Mittel sind zur Rückerstattung von zuviel gezahlten Betriebskosten. Das heißt, es sind Gelder, die den Mietern zustehen. In Anbetracht der noch nicht definierbaren Höhe des Darlehens weist Herr von der Heydt noch einmal auf den Antrag von Herrn Kläre hin.

Herr Koschig, Bürgermeister

Herr Koschig ergänzt die Ausführungen von Herrn von der Heydt durch ein Ergebnis im Hauptausschuss, wo vorgeschlagen wurde, im Beschluss-Vorschlag auch zu ändern in:

...“bis zu“ 100.000,- €

Herr Schmieder, Baudezernent

Dass die WIR ein gefährdetes Unternehmen ist, ist allgemein bekannt. Es gibt ein Konsolidierungsprogramm, das mit den Banken abgestimmt ist. Herr Schmieder erinnert an die Diskussion im Aufsichtsrat. Es ist kein Antrag auf einen Zuschuss sondern ein Darlehen, weil die Gesellschaft tatsächlich davon ausgeht, dass es ihr in den Gesprächen mit den Banken und im Zusammenhang mit der Fusion mit Dessau, mit der DWG gelingt, die Stadt als Gesellschafterin von einem Zuschuss in irgend einer Form fernzuhalten. Ob das so in den Verhandlungen getragen wird, wird sich herausstellen. Im Moment gilt es zu verhindern, dass die Liquidation auf Grund des Zeitfaktors eintritt, weil die Banken im Moment ihren Beitrag zur Konsolidierung nicht leisten, ihn aussetzen.

„Zuschuss-Betrieb“, das kann Herr Gerdung nicht wissen, die Stadtwerke und der Hafen haben in den letzten Jahren, aber auch schon kurz nach der Wende, von der Stadt als Gesellschafterin Zuschüsse erhalten. Die WIR als Gesellschaft, die es am schwersten auf diesem Wohnungsmarkt hat, hat bisher noch nie um Zuschüsse im Stadtrat gebeten. Herr Schmieder appelliert an die Stadträte, die die Diskussionen im Aufsichtsrat und in den Gremien mitgetragen haben, sich an diese Argumentation zu erinnern und der Beschlussvorlage unter der Ergänzung, die die CDU-Fraktion eingebracht hat, zuzustimmen.

Herr Bader, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Es ist schon bewusst, dass im Hafen 1 Mio. Euro versenkt wurden, die nicht rückzahlbar sind. Herrn Bader kommt der Vertrag wie ein Vertrag unter Kindern vor. Völlig unklar ist, wie das Geld zurückkommen soll. So haben in diesem Jahr die Mieter die WIR mitfinanziert, das wird dann im nächsten Jahr wieder so sein. Woher soll es sonst zurückbezahlt werden können? So gesehen ist der ehrliche Mieter wieder einmal der Dumme. Es ist schon eine Chance, wenn die Kommunalaufsicht die Sache einmal richtig durchleuchtet. Das Konsolidierungskonzept sieht für die WIR auch für die nächsten Jahre weiterhin Fehlbeträge vor. Es sollte lieber jetzt ein Schlussstrich gezogen werden, bevor die WIR die Stadt genau so schädigt wie der Hafen.

Herr Vester, Fraktion PDS

Herr Vester erinnert daran, dass die Hauptursache, dass die WIR in dieser misslichen wirtschaftlichen Situation ist, im Einigungsvertrag liegt, dem Altschuldenhilfegesetz. Sie hat ihre nächste Ursache in den zur Zeit politischen und wirtschaftlichen Situationen, speziell auch im Land Sachsen-Anhalt. Das sind ganz objektive Bedingungen, die diese wirtschaftliche Situation des Unternehmens so herbei geführt hat. Es ist kein einzelnes Unternehmen im Land Sachsen-Anhalt. Es sind sehr viele Unternehmen, die mit ähnlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf Grund dieser genannten objektiven Bedingungen zu kämpfen haben.

Herr Dreibrod, Fraktion SPD

Die SPD-Fraktion wird der Beschlussvorlage auch mit dem Zusatz nicht zustimmen. Die WIR ist ein Fass ohne Boden. Die Insolvenz, die Herr Gerdung schon angesprochen hat, das ist keine Liquidierung, sondern Insolvenz ist nichts weiter als eine Zwangsverwaltung, die oft nach jahrelangem Missmanagement zum Tragen kommt. Dass die WIR ein jahreslanges Missmanagement aufweist, angefangen vom Geschäftsführer, das ist bekannt und unstrittig. Dieser so genannte Rückzahlungsplan

ist nur ein Feigenblatt. Herr Dreibrodt erinnert an die Diskussion im Hauptausschuss, wo hauchdünn mit 4:2:1 die Beschlussvorlage für den Stadtrat eingebracht wurde. Ein Hauptargument von der Verwaltung war, einige Stadträte haben sich angeschlossen, das spielt alles keine Rolle, ob die WIR das zurückzahlen kann oder nicht. Die DWG wird das schon machen.

Im nächsten Jahr wird möglicherweise, das wird untersucht, eine Fusion dieser Wohn-baugesellschaften erfolgen können. Es muss noch ausgetestet werden, ob das juristisch überhaupt möglich ist und vor der Fusion geschehen kann. Wenn dann die Gesellschaften vielleicht eins sein könnten, dann spielen diese Schulden, die die WIR nicht zurückzahlen kann, überhaupt keine Rolle. Vor diesem unseriösen Hintergrund „Nach uns die Sintflut“ kann sich die SPD-Fraktion absolut nicht anschließen

Herr Schmieder, Baudezernent

Herr Schmieder hat noch eine fachliche Information, für den Fall, dass die schon leicht demagogisch klingenden Unterstellungen von Herrn Dreibrodt auf die Entscheidung Einfluss nehmen sollten. Eine Fusion von Wohnungsgesellschaften ist unabhängig von Kommunalgebietsreformen möglich. Es ist wahrscheinlich so, dass wieder einmal diskutiert werden muss, wie die Protokolle gestaltet werden, ob also wieder auf Wortprotokolle zurückgekehrt werden muss. So wie Herr Dreibrodt das hier geschildert hat, kann sich Herr Schmieder nicht erinnern, im letzten Stadtrat argumentiert zu haben.

Herr Dreibrodt, Fraktion SPD

Herr Dreibrodt dankt Herrn Schmieder für den Hinweis, die Wortprotokolle einzuführen.

Was man in den Niederschriften, ob Hauptausschuss oder Stadtrat, aber besonders im Hauptausschuss alles erfahren musste, war teilweise haarsträubend. Er dankt Herrn Schmieder für diesen Vorschlag.

Herr Koschig, Bürgermeister

Herr Koschig möchte abschließend auf die Rolle des Stadtrates als Gesellschafter der WIR hinweisen. Wenn hier dem Wort geredet wird, gerade vom letzten Redner, dass „Schluss mit Lustig“ ist und die Gesellschaft in die Insolvenz zu führen ist wegen jahrelangem Missmanagement, so muss Herr Koschig darauf hinweisen, dass dann auch auf die Aufsichtsratsmitglieder eine gewisse Verantwortlichkeit zukommt. Und sollte das Missmanagement sich als Wahr erweisen, was Herr Koschig strikt von sich weist, dann greift auch die Haftung der Aufsichtsratsmitglieder. Das heißt, es wäre leichtfertig eine Insolvenz der Gesellschaft hinzunehmen, um einen Zwangsverwalter zu nehmen, der dort aufräumt und der muss erst einmal gefunden werden. Da ist zum Beispiel der Insolvenzverwalter des Elbwerkes Roßlau. Ein Unternehmen, das durchaus Überlebenschancen mit einem anderen Insolvenzverwalter gehabt hätte. Es sollte vor einem solchen Beschluss besser überlegt werden, ob die Einstellung zur Gesellschaft richtig ist. Die Gesellschaft wurde nicht freiwillig gegründet, sie wurde übernommen. Das sind unsere Bürgerinnen und Bürger, die dort wohnen. Die würden sich verwundert die Augen reiben, wenn sie morgen oder übermorgen in der Zeitung lesen, über welche Möglichkeiten der Stadtrat diskutiert.

Herr Koschig schlägt vor, sich dem Antrag der CDU-Fraktion anzuschließen, auch dem Vorschlag aus dem Hauptausschuss „in einer Höhe von bis zu 100.000,- €“ in die Beschlussvorlage aufzunehmen und dann dieser Vorlage zuzustimmen.

Herr Vester, Fraktion PDS

Herr Vester betont, ein Missmanagement hat es in diesem Unternehmen so lange er schon Stadtrat und auch Mitglied des Aufsichtsrates ist, noch nicht gegeben. Die Kolleginnen und Kollegen und der Geschäftsführer machen alle engagiert ihre Arbeit. Alles was bisher zur Gesundung des Unternehmens notwendig war, wurde unter Leitung des Geschäftsführers durchgesetzt.

Herr Gerdung, Fraktion FDP/Offensive D/BL

An Herrn Vester gerichtet, von Gesundung kann keine Rede sein. Es muss aufgehört werden, sich den Wunsch zur Wirklichkeit zu machen. Die Wirklichkeit ist anders. Und zwar, dass mit vergleichbaren Wohnungsunternehmen die WIR mit 35 % mehr Personal- und Verwaltungskosten arbeitet. Dass die WIR eine unterdurchschnittliche Eigenkapitalquote hat, dass die liquiden Mittel aufgebraucht sind. Das muss man doch einmal registrieren.

In Anbetracht dieser Tatsache ist es völlig unmöglich, nach dem nun alles nach unten geht und man sich in dem Deckungsmittelfehlbetrag mal eben um 100.000,- € vertan hat.

Herr Gerdung schlägt vor, jeder der der Meinung ist, dass die WIR in der Lage sein wird, dieses Darlehen zurückzuzahlen, sollte sich mit einem kleinen privaten Beitrag daran beteiligen. Er bekommt es ja wieder.

Nun wird über den Antrag von Herrn Kläre abgestimmt.

Stadtrat Föse enthält sich der Stimme nach § 31.

Der Antrag von Herrn Kläre lautet:

Der Beschlussvorschlag ist folgendermaßen zu ergänzen:

„Der Geschäftsführer wird beauftragt, in allen nachfolgenden Ratssitzungen über die Inanspruchnahme Soll und Haben des Kredites dem Stadtrat im nichtöffentlichen Teil Bericht zu erstatten.“

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	1	16	7	4

Damit ist der Antrag von Herrn Kläre angenommen.

Dann wird über die Beschlussvorlage abgestimmt.

Beschluss:

Der Stadtrat gewährt der Wohnbau- und Immobiliengesellschaft Roßlau mbH (WIR) ein Gesellschafterdarlehen in Höhe von bis zu 100.000,00 € gemäß dem als Anlage 2 beigefügten Darlehensvertrag.

Der Geschäftsführer wird beauftragt, in allen nachfolgenden Ratssitzungen über die Inanspruchnahme Soll und Haben des Kredites dem Stadtrat im nichtöffentlichen Teil Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	1	16	6	5

6.10 3. Änderung zur Satzung über die Ablösung von Stellplätzen

. Vorlage: BV/0445/05-III/60

Beschluss: Der Stadtrat beschließt die 3.Änderung zur Satzung über die Ablösung von Stellplätzen.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	28	0	0

6.11 Dringlichkeitsbeschluss gemäß § 62 Abs. 4 Gemeindeordnung Land

. Sachsen-Anhalt

Im zurückliegenden Zeitraum war kein Dringlichkeitsbeschluss zu fassen. Der Punkt entfällt.

Damit ist der öffentliche Teil der Sitzung um 19:30 Uhr beendet
Die Öffentlichkeit verlässt die Beratung.

Roßlau, 19.02.08

Christa Müller
Vorsitz Stadtrat

2. Unterschrift